

Verbote sind keine Rezepte

Eigenverantwortlicher handeln!

Der Klimawandel ist eine grosse Herausforderung, die wir alle miteinander angehen müssen. Gerade die Hauseigentümer sind weiterhin gefordert, obwohl im Gebäudebereich bis heute bereits grosse Anstrengungen zu energetischen Sanierungen gemacht worden sind. Moderne technische, aber auch finanzierbare Lösungen sind weiterhin gefragt. Jeder Haus- und Grundeigentümer soll sie eigenverantwortlich und unter Berücksichtigung der eigenen Tragbarkeit umsetzen können. Das ist für den Klimaschutz wirkungsvoller, als sich hysterisch täglich mit der Apokalypse zu beschäftigen.



Walter Locher
Präsident HEV
Kanton St.Gallen,
Kantonsrat

Die eidgenössischen Räte beugen sich derzeit über das CO₂-Gesetz. Zu entscheiden ist, mit welchen Mitteln und zu welchem Preis die Pariser Klimaziele erreicht werden sollen. Auch der Kantonsrat wird demnächst den VI. Nachtrag zum Energiegesetz (Umsetzung der MuKE-Vorschriften) beraten.

Zunächst zu den Fakten: Gegenüber 1990 ist es gelungen, im Gebäudebereich den Treibhausgas-Ausstoss um 28% zu senken – das bei einer gleichzeitigen Zunahme der Bevölkerung um 28% und der Wohnbauten um 33%. Bereits heute investieren Hauseigentümer jährlich über zwölf Milliarden Franken in den Unterhalt und die Erneuerung ihrer Liegenschaften. Der Gebäudebereich hat damit bisher am stärksten zur Reduktion des CO₂-Ausstosses beigetragen.

Mit den bereits Ende September gefassten Beschlüssen will der Ständerat nun die Hauptlast der CO₂-Reduktion erneut dem Gebäudepark übertragen. Ab dem Jahr 2023 soll im Falle eines Heizungsersatzes ein CO₂-Grenzwert von 20 kg CO₂/m² für Gebäude gelten. Das entspricht bei einem Einfamilienhaus in etwa der Energieeffizienzklasse C. Aktuell befinden sich 80% der Bauten in den darüber liegenden Energieeffizienzklassen D bis G. Für die Eigentümer dieser Bauten bedeutet der Grenzwert, dass bei einem so erzwungenen Wechsel auf nicht-fossile Energien mit massiv höheren Investitionskosten zu rechnen ist oder alternativ eine Gebäudehüllensanierung erfolgen muss. Eine energetische Sanierung kann damit schnell mit 100 000 bis 150 000 Franken zu Buche schlagen. Bei Mehrfamilienhäusern werden diese Kosten entsprechend höher aus-

fallen. Die Wohnkosten werden sich nicht nur für die Eigentümer, sondern auch für die Mieter erheblich erhöhen. Der HEV bezweifelt, ob dieser radikale Weg mit einem massiven Eigentumseingriff richtig ist. Der Kampf gegen den offenkundig vorhandenen Klimawandel muss mit mehr Augenmass geführt werden, die Tragbarkeit für den einzelnen Eigentümer muss mitberücksichtigt werden.

In einem bemerkenswerten Artikel vom 25. Oktober 2019 hat der Chefredaktor des «Beobachter» unter dem Titel «Mit lautem Fordern ist noch nicht getan» auf einige wunde Punkte in der laufenden Klima-Diskussion hingewiesen. Er stellte fest, dass sich im Kampf gegen den Klimawandel vor allem einmal unser tägliches Verhalten rascher ändern müsse. Mit extremen Forderungen werde dem Klima nicht geholfen. Der Ersatz älterer Häuser durch Minergiegebäude sei aus gesamtökologischer Sicht nicht immer sinnvoller, als sie bis zu ihrem Lebensende zu bewohnen. Letztlich bleibe das Hauptproblem das Gleiche: wir wollten möglichst so weiterleben wie bisher, nur eben ökologisch. Es sei nicht das böse System, das unsere Zivilisation in die Sackgasse führe, sondern wir selber mit unserem täglichen Kauf- und Konsumverhalten.

Gefragt sind damit auch hier mehr Mass und mehr Eigenverantwortung. Es geht in der Klimapolitik im Gebäudebereich wie im persönlichen Verhalten um eine ernsthafte Diskussion über mehr Verzicht und weniger Regulierung. Das ist anspruchsvoll – aber letztlich einzig zielführend.